



Das Atomkraftwerk Saporischschja wird von russischen Truppen kontrolliert. Foto: Uncredited/AP/dpa

Hintergrund

Spiel mit der Angst

Die Gefahr eines Nuklearunfalls im russisch besetzten Atomkraftwerk Saporischschja besorgt viele Länder. Am Wochenende hatten 42 Staaten Russland in einer Erklärung aufgefordert, die Anlage wieder der Ukraine zu übergeben. Dieses Ansinnen wird von Moskau strikt abgelehnt. Denn die Besetzung des Atomkraftwerks, die im März begann, hat für den Kreml vier Vorteile.

Stromversorgung Der Kreml plant, das Werk für seine eigene Stromerzeugung zu nutzen, etwa für die 200 Kilometer entfernte Krim. Dies hatten die russischen Besatzungsbehörden bereits vor zwei Monaten angekündigt. Das staatliche ukrainische Energieunternehmen Energoatom wirft der russischen Seite vor, das Kraftwerk „durch Artilleriebeschuss von der ukrainischen Stromversorgung“ abkoppeln zu wollen.

Strategischer Vorteil Das Atomkraftwerk liegt am Fluss Dnipro. Von hier aus können Angriffe in der Region geplant und ausgeführt werden, etwa auf die direkt gegenüberliegende Stadt Nikopol oder das rund 50 Kilometer entfernte Saporischschja, die Hauptstadt des gleichnamigen ukrainischen Oblasts. Die Nähe der sensiblen Kernkraft-Anlagen sorgt dafür, dass die russischen Truppen sich verstecken können, ohne einen Angriff fürchten zu müssen – denn dieser hätte potenziell verheerende Konsequenzen. Gleichwohl hat der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj angeordnet, die russischen Soldaten im Kraftwerk zur „Zielscheibe unserer Geheimagenten, unserer Spezialkräfte, für unsere Armee“ zu machen. Die russische Seite lehnt einen Abzug ab und macht die Ukraine für den Beschuss der Anlage verantwortlich. Wladimir Rogow, ein Vertreter der russischen Besatzungsbehörden, forderte am Montag eine Feuerpause. Kiew sagt, Russland schieße selbst auf das Kraftwerk.

Nuklear-Angst Aus Sicht des Institute for the Study of War in Washington D.C. verfolgt Russland mit der Besetzung des Kraftwerks noch ein anderes Ziel, das viel weiter westlich liegt: die Angst vor einem atomaren Super-GAU. Ziel sei offenbar, „die Entschlossenheit westlicher Länder zu untergraben, eine ukrainische Gegenoffensive militärisch zu unterstützen“. Präsident Selenskyj rief Russland am Montagabend erneut zum Rückzug aus dem Komplex auf. „Jeder radioaktive Zwischenfall im Atomkraftwerk Saporischschja könnte auch zu einem Schlag gegen die Staaten der EU und gegen die Türkei und gegen Georgien und gegen die Staaten weiter entfernter Regionen werden“, sagte er.

Wirtschaftliche Schädigung der Ukraine Aus Europas größtem Atomkraftwerk kommen 20 Prozent der gesamten ukrainischen Energie. Eine Abtrennung des Werks vom ukrainischen Netz setzt die dortige Wirtschaft unter Druck. Stefan Kegel

„Es ist nur eine Frage der Zeit“

Seit März haben sich russische Soldaten im größten europäischen Atomkraftwerk Saporischschja am Fluss Dnipro verschanz. Immer wieder kommt es zu Kampfhandlungen, für die sich beide Seiten die Schuld geben. Mit jedem Granatentrefter steigt die Gefahr einer Katastrophe, warnt Nikolaus Müllner vom Wiener Institut für Sicherheits- und Risikowissenschaften, der gemeinsam mit dem österreichischen Heer an einer Studie zur Sicherheit ukrainischer Atomanlagen arbeitet.

Ukraine-Krieg Der Sicherheitsexperte Nikolaus Müllner befürchtet eine Katastrophe, sollten die Kampfhandlungen am Atomkraftwerk Saporischschja nicht eingestellt werden. Von Stefan Kegel

Für wie gefährlich halten Sie die Lage im AKW Saporischschja?
Müllner: Die große Menge radioaktiven Materials stellt generell in Kernkraftwerken eine große Gefahr dar, für die eine Vielzahl von Sicherheitsvorrichtungen vorgesehen ist. Sie sind zum Beispiel gegen alle möglichen Naturereignisse geschützt, gegen Extremwetter, Erdbeben oder Flugzeugabstürze. Was bei der Planung bisher nie eine Rolle gespielt hat, war die Frage: Wie sichert man ein Kernkraftwerk eigentlich in einer Kriegssituation?

Gab es das tatsächlich noch nie?
Doch, im Jugoslawien-Krieg haben serbische Kampfflugzeuge mal das slowenische Kernkraftwerk Krsko überflogen. Danach haben sich slowenische Wissenschaftler auch mit der Frage beschäftigt, wie man ein Kernkraftwerk in einem Kriegsfall schützen kann. Aber damals wie heute steht fest: Gegen einen gezielten Angriff zur Zerstörung ist kein einziges Kernkraftwerk der Welt abgesichert.

Gibt es denn Vorkehrungen, die auch im Fall eines Krieges helfen?
Die Sicherheitshüllen der Reaktoren von Saporischschja sind ausgelegt, um den Absturz einer kleinen Militärmaschine zu überstehen. Solch eine Absicherung hält auch Artilleriegeschosse auf. Aller-



Experte Nikolaus Müllner: Strom ist elementar für ein AKW. Foto: Boku

dings gibt es neben den geschützten Kraftwerksteilen auch solche, die bei einem Treffer eine Kernschmelze auslösen könnten. Wenn zum Beispiel ein Geschoss die Frischdampfleitungen zwischen dem Reaktorgebäude und der Turbinenhalle treffen würde, könnte das schlimme Konsequenzen bis hin zur Kernschmelze haben.

Was passiert dann?
Dann könnte das Kraftwerk seine Dampferzeuger verlieren – das



Das Bild vom russischen Verteidigungsministerium zeigt das Kernkraftwerk Saporischschja. Foto: Uncredited/dpa/Russian Def

zentrale Element, um die Wärme abzuführen. Dann würde früher oder später der Reaktorkern überhitzen, es käme zur Kernschmelze. Ein mindestens genauso großes Risiko wie ein Artillerietreffer an einer sensiblen Stelle ist allerdings der Station Blackout.

Wenn also plötzlich der Strom ausfällt ...
Genau. Strom ist elementar für den Betrieb eines Kernkraftwerks – und auch danach. Ein Reaktor muss auch dann noch gekühlt werden, wenn die atomare Kettenreaktion längst abgeschaltet ist. Diese Kühlsysteme brauchen noch jahrelang Strom. Insofern war es riskant, dass die russischen Truppen bei ihrem ersten Angriff auf das Werk in Saporischschja im März

als Erstes die Energieleitungen beschossen haben.

Was passiert, wenn der Strom fehlt?
Im schlimmsten Fall eine Kernschmelze. Aber um das zu verhindern, sind Sicherungen eingebaut: Notstromaggregate sichern die Energieversorgung. Es gibt immer drei pro Reaktorblock, von denen einer allein schon ausreichen würde. Die sechs Blöcke in Saporischschja haben insgesamt 18 Notstromaggregate, die auch noch untereinander verschaltet werden können.

Das klingt viel.
Aber hundertprozentig sicher ist auch das nicht. Beim Atomunglück im japanischen Fukushima im Jahr 2011 hat der Tsunami alle Notstromaggregate auf einmal lahmgelegt. Darüber hinaus sind solche Geräte nicht auf eine Kriegssituation ausgelegt, schon gar nicht für einen Dauerbetrieb. Sie sollen nur zeitweise Stromausfälle überbrücken. Darüber hinaus werden sie mit Diesel betrieben. Man müsste also eine langfristige Dieselsversorgung sicherstellen – und zudem den Diesel vor Angriffen schützen. Kriegshandlungen rund um ein Atomkraftwerk sind ein Risiko. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis eine kritische Komponente getroffen wird.

ZAHL DES TAGES

1,8

Millionen Menschen leben neuen Berechnungen zufolge aktuell mit einer Demenzerkrankung in Deutschland. 2021 seien etwa 440 000 Menschen neu an einer Demenz erkrankt, teilte die Deutsche Alzheimer Gesellschaft mit. In der Vergangenheit wurde mit einem jährlichen Zuwachs von rund 300 000 Neuerkrankungen gerechnet. epd

Cum-Ex-Affäre
Gegen Scholz wird nicht ermittelt

Hamburg. In der sogenannten Cum-Ex-Affäre wird nicht gegen den Hamburger Bürgermeister Peter Tschentscher und seinen Vorgänger, Bundeskanzler Olaf Scholz, ermittelt. Es bestehe kein Anfangsverdacht, heißt es von der Generalstaatsanwaltschaft. Sie habe die von Rechtsanwalt Gerhard Strate im Februar gestellte Strafanzeige wegen des Verdachts der Beihilfe zur Steuerhinterziehung als unbegründet zurückgewiesen, schreibt der „Tagesspiegel“. dpa

Soziales
Merz offen für Pflichtjahr

Berlin. CDU-Chef Friedrich Merz kann der Idee eines verpflichtenden sozialen Jahres viel abgewinnen: „Ich habe noch keine persönlich abgeschlossene Meinung, aber meine grundsätzliche Haltung geht eher Richtung verpflichtendes Jahr als auf der Basis von Freiwilligkeit.“ Merz ist auch Vorsitzender der Unionsfraktion im Bundestag. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hatte kürzlich für einen Vorstoß für eine soziale Pflichtzeit viel Kritik erhalten. dpa



Großes Sommermanöver

Inmitten wachsender Spannungen auf der koreanischen Halbinsel wollen Südkorea und die USA am Montag mit den größten gemeinsamen Sommermilitärübungen (Bild von 2015) seit fünf Jahren beginnen. Foto: K. Hee-Chul/EPA/dpa

Kenia
Wahlergebnis ist „eine Farce“

Nairobi. Nach dem extrem knappen Ausgang der Präsidentschaftswahl in Kenia will der offiziell unterlegene Oppositionsführer Raila Odinga das Wahlergebnis anfechten. Das am Montag bekanntgegebene Ergebnis der Wahl sei „eine Farce“, sagte Odinga in Nairobi. Er kündigte an, alle „rechtlichen Möglichkeiten“ auszuschöpfen. Auch eine Mehrheit der Wahlkommission der Präsidentschaftswahl in Kenia weigert sich, das offizielle Wahlergebnis anzuerkennen. epd